

Pressemitteilung

Andreas Müller
Die LINKE Kreistagsfraktion
Wilhelmstrasse 2
63450 Hanau

mobil 0174/3019484
e-mail mueller-hanau@t-online.de
web www.linkefraktion-mkk.de

12. August 2010

Inklusion realisieren - Gemeinsamen Unterricht ausbauen! LINKE stellt Antrag zur Kreistagssitzung

Ab sofort haben Kinder mit Lernschwächen oder Behinderungen das Recht, gemeinsam mit nicht behinderten Kindern in allgemeinbildenden Schulen unterrichtet zu werden. „Das Recht auf Regelschulbesuch für Kinder mit Behinderungen gilt seit Ratifizierung der UN-Konvention 2009. Es wird in Hessen jedoch noch nicht realisiert. Gleichzeitig zeichnet sich in anderen Bundesländern ab, dass die UN-Konvention, die hochwertigen Unterricht für alle Kinder in einem inklusiven Bildungssystem sicherstellen soll, dazu benutzt wird, um mit Hilfe von Kindern mit Behinderungen zu sparen“, so die behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion Angelika Silberling-Antoni. Das Recht auf einen inklusiven Bildungsweg, also einen Unterricht in allgemeinbildenden Schulen sei sogar einklagbar. Zu diesem Ergebnis kommt ein Rechtsgutachten des führenden deutschen Völkerrechtlers Professor Dr. Eibe Riedel. Die Linksfraktion im Kreistag fordert daher, dass der Main-Kinzig-Kreis die nötigen Voraussetzungen dafür schafft und die Kapazitäten des sogenannten „Gemeinsamen Unterrichts“ (GU) an den Schulen bedarfsgerecht ausbaut.

Auch auf Landesebene wird sich DIE LINKE für eine schnelle und vollständige Umsetzung der UN-Konvention einsetzen. Für die bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Barbara Cárdenas gibt es in dem Sinne keine „Behinderten“, sondern die Menschen mit Beeinträchtigungen werden durch die derzeitige Situation behindert.

Förderschulen zu schließen, die Kinder an Regelschulen zu geben und dann die Gelder dort für inklusiven Unterricht zu kürzen - das wird es mit der LINKEN nicht geben.

Ein inklusives Bildungssystem bedeute: Auflösen von Förderschulen und ‚Eine Schule für Alle‘. Dies müsse jedoch unter den Vorzeichen spürbarer Verbesserungen, intensiverer Betreuung und kleinerer Klassen im Regelschulsystem erfolgen. Die zurzeit im Förderschulsystem vorhandenen Kapazitäten und gebundenen Gelder müssten vollständig erhalten und in die Regelschulen übergeben werden, so Silberling-Antoni und Cárdenas.

DIE LINKE unterstützt dabei die Elterninitiativen MKK. Diese stellt fest, dass das Instrument des gemeinsamen Unterrichts zielführend sei, um Inklusion von behinderten Kindern an Schulen zu realisieren. Die LINKE will deshalb ein Gesamtkonzept für eine Ausweitung des Gemeinschaftsunterrichts und lehnt Modellversuche an einer Schule ab. Aus dem gemeinsamen Unterricht liegen genug Erkenntnisse vor, die zeigen, dass diese Methode prinzipiell zielführend ist. Die Linksfraktion fordert aber mehr Elan von dem Main-Kinzig-Kreis und dem Schuldezernenten Frenz bei dem Ziel, einen bedarfsgerechten Ausbau des Gemeinschaftsunterrichts an allen Schulen voran zu bringen. Jedes Kind mit Lernschwächen oder Behinderungen, das im Gemeinsamen Unterricht unterrichtet werden möchte muss ein Platz zur Verfügung gestellt werden, so Silberling-Antoni abschließend.

DIE LINKE.

gez. Andreas Müller